Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schüssler. — Mainz: D. Frenz. — München: C. Mayowski. —

Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg-Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frendler in Warschau, Senatorengasse 22.

Nr. 95. **Berlin, Donnerstag den 20. März 1879.** **18. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen **sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen**, sowie die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstr. 32**, zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung**, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 20. März.

Die Herren Freihändler nehmen es, wie mit der Logik, so auch mit den Thatsachen nicht immer ganz genau. In der Handhabung der ersteren haben sie, durch lange parlamentarische Kämpfe geschult, eine gewisse Fertigkeit erlangt, die ihnen für ihre Zwecke zu Gute kommt, indem sie nach Außen einer Wirkung nicht entbehrt, die sehr häufig aber nur an die Uebungen dialektischer Fechterschulen erinnert; in Betreff der Thatsachen sind sie ebenso stark im Erfinden, wie im Verleugnen, und die Versicherungen, daß ein Industriezweig nach dem andern von dem Reformprojekte des Fürsten Reichskanzlers sich lösesage, wie das immer wiederkehrende einseitige Betonen der Interessen des Konsumenten bilden dabei noch lange nicht die äußersten Grenzen. Die Herren suchen mit emsigem Bienenfleiß, der einer besseren Sache würdig wäre, Alles zusammen, was sie an öffentlichen und privaten Kundgebungen für sich nur geltend machen können, bringen es im Ganzen aber doch nur zu einer recht dürftigen Ernte, die viel mehr ihre Armuth, als ihren Ueberfluß an durchschlagenden Argumenten beweist; eine einzige Denkschrift oder Petition aus den Kreisen unserer Industriellen und Gewerbtreibenden wiegt oft das wochenlange mühsame Reden und Schreiben sämmtlicher Freihändler in Deutschland auf. Ein recht beredtes Aktenstück in diesem Sinne ist eine von dem bairischen Kunstgewerbverein zu München an die Zolltarifkommission in Berlin gerichtete Eingabe, in der, unter Hinweis auf die durch die französische Konkurrenz erzeugte Nothlage der deutschen Kunstindustrie, um Abänderung der bestehenden Gewichtszölle in Werthzölle zu Gunsten der letzteren petitionirt wird. Am Schlusse der Eingabe, der eine Denkschrift zur Begründung beigegeben ist, heißt es, daß „alle produzirenden Klassen in Deutschland den Erlaß des Reichskanzlers an den Bundesrath mit Jubel begrüßt haben", was jedenfalls anders klingt, als die Behauptung der Freihändler im Reichstag und in der Presse von der kühlablehnenden Stimmung auch in industriellen und gewerblichen Kreisen. Man kann behaupten, daß unsere Freihändler nur aus Konsumenten sich zusammensetzen, die das Interesse haben, allen ihren Bedarf möglichst billig zu kaufen und dies bei unbeschränkter Konkurrenz am sichersten zu erreichen glauben; die Produzenten aber, die daneben ja auch zugleich Konsumenten sind auf allen den Gebieten, auf denen sie nicht selber produziren, sind um deswillen stärkere Wahrheitszeugen als Jene, und alle Abschwächungsversuche von freihändlerischer Seite in dieser Richtung erweisen sich als ungenügend. Die vorerwähnte Denkschrift des bairischen Kunstgewerbevereins, die im Eingange auf ein fast gleichzeitig erschienenes, von uns nach seiner Bedeutung ausführlich besprochenes, hervorragendes Buch: „Ueber den französischen Nationalwohlstand als Werk der Erziehung" von Armand Freiherr v. Dumreicher (Wien, A. Hölder, 1879), Bezug nimmt, führt in beredter Sprache und in überzeugenden Exempeln aus, wie in Folge der protektionistischen Handelspolitik Frankreichs auf dem Gebiete der feineren und Kunst-Industrie zur Herrschaft und zu großem materiellem Wohlstande gelangt ist, während Deutschland trotz der vielfach günstigen Vorbedingungen in Ermangelung einer gesunden Handelspolitik und eines kräftigen nationalen Geistes zurückging und selbst allmälig den Maßstab für die Werthschätzung seiner eigenen, einst so blühenden Kunstindustrie verlor. Das Tarifsystem des Zollvereins, führt die Denkschrift aus, kennt denn auch, diesem elenden Zustande entsprechend, gar keine Kunst-Industrie, nimmt nicht die allermindeste Rücksicht auf sie und hat ihrem Aufkommen dadurch unermeßlich geschadet. Dies spreche sich am klarsten darin aus, daß unser Tarif nur Gewichts-, aber keine Werthzölle kenne, sich an ihrer Stelle, im Gegensatz zu dem französischen Tarif, nur mit einer oder zwei sehr rohen Abstufungen für gemeine und feinere Waaren behelfe. Man wisse nach dem deutschen Tarif niemals, ob man die Skulpturen nicht etwa bei den Mühlsteinen, die Pianos bei den Holzwaaren zu suchen habe. An der Entwicklung des Kunstdruckgewerbes, die, weil hierbei Sprache und Geschmack der Nation einen natürlichen Schutzzoll bilden, einen günstigen Verlauf genommen habe, zeige sich die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands mit dem Auslande aufs deutlichste und umsomehr, weil Frankreich im Bewußtsein seiner gewaltigen Ueberlegenheit hier keine Zölle erhoben, sondern sich mit uns auf gleichen Fuß gestellt habe. Anders steht es mit der Industrie der Bronzen, der Uhren, der Bekleidungsgegenstände, die Frankreich mit einem hohen Eingangszoll belastet, während Deutschland nur einen niedrigen Gewichtszoll von 4—15 Thaler pro Zentner erhebt. Fayencen und Majoliken, unsere ganze Porzellanindustrie, die im vorigen Jahrhundert einen Weltruf hatte, können es den französischen Artikeln nicht mehr gleichthun; wir haben für diese Artikel dem Auslande gegenüber nur einen Zoll von 5 ℳ pro Zentner, gleichviel ob für feine oder ordinaire Waare, während Frankreich den Import mit 10 resp. 15 pCt. vom Werthe belastet. Bijouterien zahlen in Frankreich 500 Frcs., bei uns 90 ℳ an Eingangszoll. „Dasselbe — heißt es dann in der gedachten Denkschrift wörtlich weiter — ist der Fall mit den Möbeln, wo eine wahrhaft empörende Ungleichheit in den Tarifen besteht, die es denn richtig dahin gebracht hat, daß alle feineren Möbel in den Kreisen der Geld-, noch mehr als in denen der Geburtsaristokratie weit häufiger von Paris, als von dem heimischen Kunstgewerbe bezogen werden. Und das, obwohl Deutschland hier im Anschluß an die vielen Monumentalbauten bei Eisenbahnen 2c. und der riesigen Vergrößerung seiner Städte allmälig eine überaus achtbare Thätigkeit entfaltet hat, die allen Aufgaben gewachsen wäre, wie dies besonders die Ausstellung von 1876 in München auf's glänzendste bewiesen. Aber ba gerade für die feinsten Arbeiten der 4 Thaler betragende Zoll bei uns gar nicht mehr in Betracht kommt, während der französische von 10 resp. 15 pCt. des Werthes den Import nach Frankreich unmöglich macht, der sonst von Mainz oder Köln aus in bedeutendem Maße stattfinden könnte, so entgeht unserer Industrie nur zu oft die Gelegenheit, sich in den edelsten Aufgaben zu üben und dadurch zu erstarken. Auch hier hat uns die durch die beiderseitigen Zollsysteme geschaffene Situation hauptsächlich auf die Produktion mittlerer Waaren hingedrängt, denn während ein Schrank für 10,000 Frcs. in Frankreich 1000 resp. 1800 Frcs. zahlen müßte, würde derselbe in Deutschland 12 ℳ zu entrichten haben. Nicht minder schreiend ist die Ungleichheit bei den Spiegel- und Goldrahmen, die speziell in München und Berlin im Anschluß an die dort blühende Kunst eine sehr bedeutende exportfähige Industrie darstellen, aber, zu den Möbeln gerechnet, unter derselben Ungleichheit der Tarife leiden." Soweit die im Vorblatt zitirte Stelle. Im Anschluß an dieselbe konstatirt die Denkschrift das Mißverhältniß bei einer Reihe anderer Artikel, bei künstlichen Blumen z. B., die, eine sehr leichte Waare, in Deutschland 30 Thlr. pro Zentner bezahlen, in Frankreich dagegen 14 pCt. des Werthes. Schwere Seidenstoffe, Brokate, Möbelstoffe, Stickereien, Spitzen 2c. zahlen beim Eingange in Frankreich 1200—840, die Teppiche 367 bis 90 Frcs. pro 100 Kilo, in Deutschland 10 Thlr. pro Zentner. Die Wirkung eines solchen Unterschiedes in den Tarifen zu Ungunsten Deutschlands ist begreiflich und wird durch die thatsächlichen Zustände in beklagenswerther Weise erhärtet. „Ist aber" — heißt es in der Denkschrift — „die Lage, die ein unglückseliges, nationalökonomisches System der deutschen Kunstindustrie geschaffen, die allerungünstigste, so hat man freilich kein Recht, sich zu wundern, wenn selbst Museen und Schulen da nicht helfen konnten, wie denn Schulen überhaupt nur auf dem Grunde einer wirklich lebendigen Produktion etwas nützen können, sonst nur zu leicht das unpraktische und doktrinäre Wesen unserer Nation noch vermehren." Man wird dagegen kaum etwas einwenden können, und unsere Freihändler thäten gut, sich versuchsweise einmal hier auf den Boden der Thatsachen zu stellen und, wenn sie durchaus von ihren Grundsätzen nicht lassen wollen, sich zunächst an die Franzosen zu wenden, um diese zu belehren. Das wäre der Mühe noch werth und lohnte mehr, als die Don Quixoterien, deren sie sich jetzt befleißigen; mindestens wird es immer nur ein zweifelhaftes Verdienst bleiben, Deutschland zu nöthigen, als Objekt für Experimente im Dienste der „höheren Wahrheit und Wissenschaftlichkeit" sich zu verbluten. Daß aber thatsächlich das Programm unseres Reichskanzlers dem Verständniß und den Sympathien der Nation begegnet, daß zum Beweise lassen wir hier noch den Schlußsatz der mehr zitirten Münchener Denkschrift folgen. „Ein entsprechenderer Schutz unserer Kunstindustrie — heißt es daselbst — als der bisherige, völlig illusorische hat aber schon darum seine volle Berechtigung, als er doch eine reine Luxussteuer darstellt, da Niemand sagen kann, daß Pariser Bronzen, englische Lustres oder italienische Majoliken ein unumgängliches Bedürfniß für ihn seien. Ohne Zweifel haben wir, wie alle produzirenden Klassen der Nation, mit dem größten Jubel den Umschwung begrüßt, der sich an den handelspolitischen Anschauungen der Reichsregierung endlich vollzogen zu haben scheint, wie er aus dem Schreiben des Reichskanzlers an den Bundesrath zu entnehmen ist. Wir können daher die gegenwärtige Darstellung nur als eine volle Zustimmung zu demselben bezeichnen und hoffen, daß von ihm eine erneute Hebung unseres Nationalwohlstandes datiren werde, wie er jetzt schon eine solche des so tief gesunkenen Vertrauens zur Folge gehabt hat."

Auf Grund der nunmehr bald in Wirksamkeit tretenden Institution des **Reichs-Schatzamtes** und der damit herbeigeführten Abtrennung der Finanzabtheilung des Reichskanzler-Amtes werden Personalveränderungen in derselben vorausgesetzt, welche einige Blätter bereits als feststehend melden. Solche Personalveränderungen mögen vielleicht eintreten; bis jetzt aber ist von feststehenden Anordnungen in dieser Beziehung noch keine Rede. Ebenso wird gemeldet, daß durch Bildung des neuen Handelsministeriums Rangerhöhungen derjenigen höheren Beamten welche in das neue Ministerium übertreten, herbeigeführt würden. Was diese Nachricht betrifft, so hören wir, daß sie unbegründet ist.

Der Finanzminister hat in Bezug auf beschädigte und unbrauchbar gewordene **Reichskassenscheine** eine Bekanntmachung erlassen, welche die vom Bundesrath ausgegangenen Bestimmungen weiter präzisirt. Danach haben sämmtliche Reichs- und Landeskassen die bei Zahlungen ihnen angebotenen beschädigten oder sonst unbrauchbar gewordenen Kassenscheine, deren Umlauffähigkeit jedoch noch zweifellos ist, anzunehmen, aber nicht wieder auszugeben, sondern an die Reichshauptkasse, die Reichspostkasse, die Generalstaatskasse und die Regierungshauptkassen abzuführen. Die Kassenscheine werden von diesen Kassen gegen umlauffähige Reichskassenscheine umgetauscht. Anträge auf Ersatz für Reichskassenscheine zweifelhafter Umlauffähigkeit sind an die Reichsschulden-Verwaltung zu richten.

Neuerdings werden Mittheilungen, angeblich aus **Braunschweig**, verbreitet über ein preußischerseits bevorstehendes Arrangement mit dem Herzog von Cumberland. Wie glaubwürdig versichert wird, entbehren diese Mittheilungen jeder Begründung.

Ueber die weitere Behandlung des Gesetzentwurfs zur **Tabaksbesteuerung** sind in den letzten Tagen mehrfach irrige Mittheilungen gemacht worden. Bei der Berathung dieser Materie durch die Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen wurde von den preußischen Bevollmächtigten das Anerbieten gemacht, nachdem sich die Majorität der Ausschüsse für eine Tabaksbesteuerung nach Gewicht erklärt hatte, einen in diesem Sinne bearbeiteten Entwurf vorzulegen. Diesem Versprechen sind die preußischen Bevollmächtigten nachgekommen, indem sie einen in zwei Abschnitten zerfallenden Entwurf, der im ersten Abschnitt die Besteuerung, im zweiten die Nachbesteuerung regelt, den genannten Ausschüssen überreicht haben. Es erscheint aber dieser Entwurf, wie auch schon früher erwähnt worden, nicht als Antrag der preußischen Regierung im Bundesrath.

In der heutigen (23.) Plenarsitzung des **Reichstags** kamen zunächst die einmaligen Ausgaben des ordentlichen und des außerordentlichen Etats der Verwaltung des Reichsheeres zur Verhandlung, welche von der Budgetkommission vorberathen sind. Im preußischen Etat wurde ohne Debatte die Streichung der ersten Rate von 100,000 ℳ für den Neubau eines Infanteriedarlehnsscheinbüreaus für das Gardekorps in Berlin genehmigt. Die Position von 159,000 ℳ zum Ankauf und zur Einrichtung eines Dienstwohngebäudes für den Kommandeur der 4. Division in Bromberg beantragt die Budgetkommission ebenfalls zu streichen, und zwar aus prinzipiellen und lokalen Gründen. Abg. v. Puttkamer (Löwenberg) befürwortet dagegen dem Vortrage des Referenten Abg. v. Schmidt gegenüber mit Rücksicht auf die vorliegenden Verhältnisse die Bewilligung der Position. Abg. Windthorst giebt zu, daß der Divisionskommandeur gewisse Repräsentationspflichten habe, aber er könne denselben auch genügen ohne eigene Dienstwohnung. Dergleichen wären schon viel zu viel vorhanden. Bundesbevollmächtigter Generallieutenant v. Voigts-Rhetz weist auf die vorjährigen Verhandlungen des Reichstages bezüglich der Verwendung der Ersparnisse der Okkupationsarmee hin, welche die Regierung zu der Annahme berechtigen mußten, daß das Haus diese Position bewilligen werde. Er bittet daher, unter Darlegung der thatsächlichen Verhältnisse, die Position zu bewilligen. Gegen die Bewilligung sprechen ferner die Abgg. v. Bonin und Richter (Hagen), während Abg. Freiherr v. Maltzahn-Gültz betont, daß der Reichstag sich nie prinzipiell gegen die Beschaffung von Dienstwohnungen erklärt, sondern die Bewilligung von den lokalen Voraussetzungen abhängig gemacht habe. Letzteres sprechen aber gerade in Bromberg für die Bewilligung. Der Antrag der Kommission wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen. — Ohne Debatte werden die für ein Dienstgebäude des Kommandeurs der großherzoglichen Division in Darmstadt eingestellten 93,000 ℳ gestrichen. Die zum Neubau eines Kasernements für 5 Kompagnien im Garderegiments z. F. zu Potsdam eingestellten 600,000 ℳ beantragt die Kommission mit 11 gegen 9 Stimmen zu streichen. Kriegsminister v. Kameke legt das unabweisbare Bedürfniß dieses Neubaues dar und bittet, diese Position zu bewilligen. Für Ablehnung erklärt sich der Abg. Frhr. v. Frankenstein, während der Abg. Dr. Lucius den Neubau aus Sanitätsrücksichten dringend für nothwendig hält. Aus gleichen Gründen ist für die Bewilligung Abg. Dr. Zinn, während Abg. Richter (Hagen) sich gegen die Position deshalb erklärt, weil das Areal zu theuer sei. Diese und andere Bedenken desselben Abgeordneten werden von dem Bundesbevollmächtigten, Generallieutenant v. Voigts-Rhetz widerlegt, und demnächst gegen der Antrag der Kommission die geforderten 600,000 Mark als erste Rate für diesen Neubau bewilligt. Die Kommission beantragt weiter, die zum Ankauf eines Grundstücks zur Einrichtung eines Garnisonlazareths in Heidelberg eingestellten 90,000 Mark zu streichen. Dagegen erklärt sich Abg. Dr. Blum, der Vertreter Heidelbergs; er erblickt in diesem Beschlusse eine ungerechtfertigte Zurücksetzung beziehungsweise hinter Bonn. — Bundesbevollmächtigter Generallieutenant von Voigts-Rhetz konstatirt, daß die intendirte Verlegung eines Infanteriebataillons nach Heidelberg in Frage gestellt würde, wenn diese Position nicht bewilligt werde. Abg. Dr. Hammacher betont, daß Heidelberg bereits hinlänglich Krankenanstalten besitze, welche ein besonderes Militärlazareth überflüssig machen, dies wird vom Abg. Kiefer bestätigt. Der Antrag der Kommission wird gegen wenige vereinzelte Stimmen angenommen; ebenso bleiben die zum Bau eines Fortifikations-Dienstgebäudes zu Torgau geforderten 38,500 ℳ gestrichen. Im sächsischen Etat werden die schon im vorigen Jahre gestrichenen 236,000 ℳ ohne Debatte wiederum nicht bewilligt. Der ordentliche Etat bei einmaligen Ausgaben für Württemberg wird unverändert genehmigt. — Bei dem außerordentlichen Etat monirt Abg. Graf Frankenberg die Verwendung von amerikanischem Holz zu Militärbauten, welche zugleich indirekt zu weiterer Verwendung dieses ausländischen Materials seitens der Privaten Veranlassung gebe. Kriegsminister v. Kameke konstatirt, daß der Verbrauch von amerikanischem Holz seitens der Militärverwaltung ein verschwindend kleiner sei. Im Durchschnitte der letzten 5 Jahre seien jährlich nur für etwa 30,000 Thaler in solchen Fällen verwendet, wo das inländische Holz zu dem betreffenden Zwecke die erforderliche Qualität nicht besitze. Daß im Uebrigen der Bedarf regelmäßig im Inlande gedeckt werde, sei Brauch aller Staatsverwaltungen. An der Debatte betheiligen sich noch der Abg. Richter (Hagen), der wieder gegen die oberschlesischen Fortbesitzer zu Felde zieht und auch den neulichen bezüglichen Artikel der „Norddd. Allg. Ztg." über die Verwendung von amerikanischem Holze nicht vergißt. Abg. Frhr. v. Mirbach bestreitet, daß es sich hierbei wesentlich nur um die Verwendung von Holz aus Staatswaldungen handle. Es schloß diese Debatte erst nach einer ziemlich erregten Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Graf Frankenberg und Richter. Beim Schluß der Redaktion wird diese Etatsberathung fortgesetzt.

Rundschau im Auslande.

Die **griechisch-türkischen** Verhandlungen sind nunmehr abgebrochen worden. Die griechischen Kommissare haben Prevesa verlassen und sind nach Athen zurückgekehrt, wo man nun zunächst auf die bereits angerufene Vermittelung der Großmächte angewiesen ist. Der französische Botschafter in Konstantinopel hat sich viel Mühe gegeben, ein den Wünschen Griechenlands entsprechendes Arrangement herbeizuführen, ist jedoch an dem Widerstande des Sultans gescheitert, welcher angeblich religiöse und politische Gründe gegen jede über ein Minimum hinausgehende Gebietsabtretung geltend gemacht hat. Der Großvezier soll dem Botschafter Fournier gegenüber hervorgehoben haben, so meldet die „Pol. Corr.", daß für die Pforte die Rückichtnahme auf die Albanesen ausschlaggebend sei, welche sich in Plewna und am Schipkapaß als die tapfersten Soldaten der Türkei bewiesen hätten.

Die Nachricht, daß der Militairattaché der französischen Botschaft in Konstantinopel, de Torcy, mit der Organisirung der Gendarmerie in Ostrumelien betraut wurde, bestätigt sich der „Pol. Korr." zufolge (welcher auch der im heutigen Morgenblatt enthaltene Bericht aus Bulgarien entnommen war) nicht. Zu dieser Aufgabe wurde Oberst Vitalis, gleichfalls Franzose, jedoch griechischen Ursprungs, berufen und de Torcy soll demselben bei dem Organisationswerke nur behülflich sein.

Bezüglich der Reorganisation der Staatseinrichtungen von **Montenegro** meldet die „Pol. Korr." im Anschluß an die bereits mitgetheilte Ministerliste:

Im Handelsministerium soll ungesäumt eine Sektion für Ackerbau kreirt werden. Der im Auslande am wenigsten bekannte, zugleich aber bedeutendste Mann unter den Ministern ist entschieden der Kultus- und Unterrichtsminister, Djubomir Nenadovic. Derselbe stammt aus Serbien, wo seine Familie zu den ersten des Landes gehört. Seine Schwester war die vor einigen Jahren verstorbene Fürstin Persida Karageorgewic. Als Sektionschef im serbischen Ministerium für Unterricht und Kultus war Nenadovic die rechte Hand des damaligen Chefs dieses Ministeriums, des seitherigen (leider gestern verschiedenen) Vertreters Serbiens in Wien, Dr. Stefan Novakitsch. Die Ermordung des Fürsten Michael im Jahre 1868 erbitterte das Volk gegen alle Verwandten der im Jahre 1858 entthronten Dynastie Karageorgewic. Nenadovic gab seine Demission und übersiedelte nach Montenegro, wo er sich ausschließlich wissenschaftlichen Arbeiten widmete. Der erste montenegrinische Unterrichtsminister gilt für einen der hervorragenden Dichter und wissenschaftlichen Schriftsteller des serbischen Volkes und die auf ihn in Montenegro allgemein gesetzte Hoffnung dürfte sich nicht als trügerisch erweisen.

— Die Reformen erstrecken sich selbstverständlich auch auf die gesammte Verwaltung und das Justizwesen. Das vergrößerte Fürstenthum wird in 23 Bezirke eingetheilt, die von ebenso vielen Bezirkshauptleuten verwaltet werden. Jedem Gerichtsmesen wird von der Administration gänzlich getrennt werden; es sollen 12 Gerichte erster Instanz, 1 Appellations- und 1 Kassationshof errichtet werden. Der Elementarunterricht wird obligatorisch und unentgeltlich sein. Ein jedes Kind vom 8. bis zum 14. Jahre muß die Schule besuchen. Drei Lehrerbildungsanstalten werden das Lehrerpersonal liefern. Diese und ähnliche Reformen kosten aber entbehren und die sich zunächst aufdrängende Frage ist: auf welche Art die Einnahmequellen des Fürstenthums vermehrt werden könnten? Eine spezielle Kommission soll sich mit dieser Frage beschäftigen.

Die **italienische** Regierung hat den Plan gefaßt, an der Küste von Neu-Guinea eine neue italienische Kolonie zu gründen. Der Entschluß ist, wie die „Köln. Ztg." meint, wohl vor Allem dem Wunsche entsprungen, die zahlreichen unruhigen Köpfe, die seit der Vollendung des Einigungswerkes keine politische Arbeit mehr finden, aus dem Lande zu schaffen. Zudem will man die 60,000 Auswanderer, die nach einer Durchschnittsziffer jährlich Italien verlassen, um in Südamerika zu verkümmern oder auch nur schlechte Verhältnisse mit schlechteren zu vertauschen, durch ein engeres Band an das Mutterland fesseln. Im Juli sollen sich 3000 Pioniere der ersten Kolonisation in Tarent einschiffen.

„Die erste Hälfte derselben soll unter der Führung Fazari's den Kampf gegen die wilden Eingeborenen auf sich nehmen, während die zweite zum eigentlichen Kolonisationswerk auserseben ist. Die nöthigen Geldmittel zur Anschaffung von Ackergeräthen, Waffen und dergleichen in der Höhe von 30 Millionen Lire sind bereits aufgebracht. Auch allerlei Hülfsmittel einer höheren Kultur, wie Buchdruckerpressen und sogar ein Telegraphenkabel, sollen mitgenommen werden, letzteres in der Absicht, die italienische Ansiedelung in telegraphische Verbindung mit dem nördlichsten Punkte des australischen Kontinents zu bringen. Vier Dampfer werden die Beförderung übernehmen, und zwar beabsichtigen die Führer zunächst an der Mündung irgend eines Flusses Anker zu werfen und so lange zu wechseln, bis man einen klimatisch günstigen Ansiedlungspunkt herausgefunden hat. Noch wäre zu erwähnen, daß sich unter jenen 3000 nicht weniger als 20 bis 30 Angeordnete (!) befinden werden."

Für die letzteren wäre das allerdings eine seltsame Auffassung und Erfüllung des parlamentarischen Mandats.

Der „Agence Havas" wird aus **Rom** vom 18. März gemeldet: Der Vatikan habe sich von Neuem an die deutschen Bischöfe gewendet, um ihre Mitwirkung zur Wiederherstellung des Friedens zwischen Staat und Kirche in Anspruch zu nehmen.

Der **Schweizer** Ständerath hat dem Majoritätsantrage Folge gegeben und ist in eine Erörterung des Wortlautes auf Wiedereinführung des Todesstrafe eingetreten. (Vgl. auch Telegr. nach Schluß. D. R.) Der Arbeiterbund der Stadt Bern hat am vorigen Sonntag gelegentlich einer „Märzfeier zur Verherrlichung der Märzereignisse von 1848 und 1871" eine Resolution gegen die Todesstrafe angenommen.

Die gegen die Atchinesen im Felde stehenden **niederländischen** Truppen haben in hohem Grade gegen die Ungunst der Witterung zu kämpfen. Nach einem vom 16. d. M. datirten Telegramm des Generalgouverneurs an den Kolonialminister sind die Truppen durch fortwährenden Regen an jeder Bewegung verhindert, das überschwemmte Terrain verhindert den Gebrauch der Artillerie, so daß die Armee sich auf Vornahme von Rekognoszirungen und Wegeausbesserungen beschränkt sieht.

Wegen Grenzstreitigkeiten ist vor einiger Zeit ein Konflikt zwischen **Bolivia** und **Chili** entstanden, welcher neueren Nachrichten zufolge erntere Dimensionen anzunehmen droht. Die Regierung von Peru hat einen letzten Vermittelungsversuch unternommen, indem sie bei der chilenischen Regierung gegen die Besetzung der Häfen von Bolivia Protest erhob. Auch dieser Schritt scheint indeß den gewünschten Erfolg nicht gehabt zu haben, sondern trotz vielmehr Peru mit in einen Krieg zwischen den beiden Ländern zu verwickeln. Einem Londoner Telegramm des „Journal des Debats" zufolge befände Bolivia sich bereits im offenen Kriege mit Chili und hätte mit Peru einen geheimen Vertrag geschlossen, welcher letzteres zur Hülfeleistung verpflichtet.

Aus **St. Petersburg**, 16. März, wird uns geschrieben:

Ich habe mir in früheren Korrespondenzen gestattet, auf Uebelstände in der Organisation unserer höheren Lehranstalten hinzuweisen, und ich habe auf den Zusammenhang hingewiesen, den die „Unruhen" auf unseren Hochschulen mit dem Umstande haben, daß die „Studentenschaft" aus Gesellschaftsklassen und einem Materiale rekrutirt, das nicht geeignet ist, vorwiegend die Zahl der Immatrikulirten abzugeben. Wer nicht die Blüthe und die Wirksamkeit höherer Lehranstalten nach der Zahl der Eingeschriebenen bemißt, wird mit Recht Abhülfe fordern. In dieser Beziehung äußert sich ein Artikel in der jüngsten Nummer der Wochenschrift „Otgolosk" über die Universitätsstipendien in so orientirender Weise, daß er auch für ausländischen Leser von Interesse ist. Derselbe sagt:

Die Frage über den Lebensunterhalt der Studenten zur Universitäten und ihnen gleichstehenden höheren Speziallehranstalten fängt bei uns an, nicht nur im pädagogischen, sondern auch im politischen Sinne eine sehr ernste Rolle zu spielen. Bekanntlich befinden sich in diesen Lehranstalten, mit Ausnahme der nach deutschen Prinzipien eingerichteten Universität Dorpat, zum großen Theil nicht nur sehr arme, sondern sogar gänzlich mittellose Studenten, und gerade unter ihnen brechen häufig sogenannte „Unruhen" aus. Es scheint mithin, daß die höhere geistige Ausbildung auf die ohne genügenden Lebensunterhalt auf den Universitäten 2c. befindlichen jungen Leute unvortheilhaft einwirke.

Auch nach beendigtem Studium wissen sie meistens aus Mittellosigkeit nichts anzufangen, ergreifen den ersten besten kleinen Posten, um nur zu existiren, und repräsentiren so ein dem Staat gefährliches, gebildetes oder halbgebildetes, in jedem Falle hungriges, zur Unruhe geneigtes Proletariat, auf dessen Beseitigung durch Hemmung des Zuzugs ganz unbemittelter Individuen zu den Universitäten hingewirkt werden müßte.

Als ein Mittel dazu wird die Aufhebung oder doch Einschränkung der in großer Zahl vorhandenen Stipendien betrachtet, die hauptsächlich ganz unbemittelte junge Leute zum Besuch der Universitäten verlocken, aber größtentheils an sich so geringfügig sind (höchstens 300 Rubel), daß man allein davon nicht leben kann, daher sie fortwährend in den Zeitungen zu lesenden dringenden Anerbietungen zur Ertheilung von Privatstunden und andere Nothschreie. Ueberdies fallen bei der Vertheilung der Stipendien naturgemäß viele Menschlichkeiten vor, so daß dieselben den an sich schon etwas Bestjenden zu Theil werden und die Bedürftigsten leer ausgehen. Zur Beseitigung dieser Uebelstände sind zwei Mittel in Vorschlag: 1. Man will die Anzahl der Stipendien verringern, aber ihren Betrag derartig erhöhen, daß ein junger Mensch davon anständig leben kann. Dabei soll bei der Vertheilung größere Sorgfalt verwandt und mehr Gewicht auf die Leistungen und das Verhalten des zu Unterstützenden gelegt werden. Auch sollen den Bedürftigen mit guten Leistungen nach Beendigung der Studien die nöthigen Mittel gewährt werden, sich bis zur Erlangung einer auskömmlichen Stellung zu erhalten.

Das zweite vorgeschlagene Mittel besteht darin, den Stipendiaten gar kein Geld in die Hand zu geben, sondern Anstalten zu ihrem kostenfreien Unterhalt einzurichten. Auf diese Weise könne der Unterhalt ein verhältnißmäßig sehr guter werden, ohne mehr Kosten zu erfordern. Außerdem kommt er mehr den wirklich Bedürftigen zu Gute, da die wohlhabenderen Studenten, wenn sie durch ihre wissenschaftlichen Leistungen ein Anrecht auf ein Beneficium gewonnen haben, zwar baares Geld acceptiren, aber den gemeinschaftlichen Beisammenwohnen, wie es hier in's Auge gefaßt ist, abgeneigt sein pflegen. Ihr Anrecht geht dann auf die Bedürftigeren über, und man wird dann nicht mehr sagen können, daß die Stipendien nur baja zu thun, um sie zu vertrinken oder dunst dafür zu halten.

Eine Aenderung muß stattfinden, und wir werden uns mit den Mitteln dazu weiter beschäftigen.